

Niederschrift über die Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 23.10.2008

Tagungsort: Nowgorod-Raum (Großer Konferenzsaal, Altes Rathaus)
Beginn: 17:00 Uhr
Sitzungspause: 20:45 - 21:15 Uhr
Ende: 22:05 Uhr

Anwesend:

Herr Franz	Bezirksvorsteher	
Herr Henningsen	Stellv. Bezirksvorsteher	
Herr Gutwald	Stellv. Bezirksvorsteher	

CDU

Frau Heckeroth		
Herr Langeworth		ab 17:15 Uhr
Herr Meichsner	Fraktionsvorsitzender	
Herr Vogler		

SPD

Herr Lothar Klemme		
Frau Heike Mertelsmann	Fraktionsvorsitzende	ab 17:05 Uhr
Herr Dr. Michael Neu		
Herr Frederik Suchla		

Bündnis 90/Die Grünen

Frau Bauer		
Herr Gutknecht	Fraktionsvorsitzender	
Herr Hahn		

BfB

Herr Micketeit

FDP

Frau George

Die Linke

Herr Ridder-Wilkens

Bürgernähe

Frau Beaufort

Nicht anwesend:

Herr Emmerich, SPD-Fraktion

Verwaltung

Herr Glasl
Herr Staude
Herr Blankemeyer
Herr Dodenhoff
Frau Stude

Amt für Verkehr
Ordnungsamt
Bauamt
Bauamt
Schriftführung

TOP

7.1, 7.2
21.2, 23
11, 12, 13, 24, 25
14, 15

Gäste

Herr Meier
Herr Küppers
Frau Schulte
Bürgerinnen und Bürger
Pressevertreter

moBiel GmbH
Büro Steg
Büro Scheuven+Wachten

7.1, 7.2
14
15

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Herr Franz stellt die Beschlussfähigkeit der Bezirksvertretung Mitte sowie die ordnungsgemäße Einladung, die mit Schreiben vom 14.10.2008 fristgerecht zugegangen sei, fest.

Herr Henningsen stellt für die CDU-Fraktion nachfolgenden Dringlichkeitsantrag und begründet diesen.

„Durch die Renovierungsarbeiten im Rathausparkhaus und dem damit verbundenen Wegfall vieler Parkplätze kommt es verstärkt zu Staus wegen Parkplatzmangel.

Da jetzt bereits die vorweihnachtliche Einkaufszeit beginnt, wird die Verwaltung gebeten, eine Lösung zur Öffnung nach Dienstschluss des durch eine Schranke abgeschlossenen Parkplatzes hinter dem Rathaus zu finden.“

Zur Tagesordnung fasst die Bezirksvertretung Mitte auf Vorschlag von Herrn Franz folgenden

B e s c h l u s s:

1. Der Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion wird unter dem TOP „Anträge“ als TOP 6.4 behandelt.
2. Aufgrund des öffentlichen Interesses werden die Tagesordnungspunkte 7.1 „Anpassung der Nikolaus-Dürkopp-Straße an den Einsatz breiter Stadtbahnwagen“ und 7.2 „Stadtbahn im Dürkopp-Quartier“ vorgezogen und nach dem TOP 4 „Anfragen“ behandelt.

- einstimmig beschlossen -

-:-

Zu Punkt 1

Fragestunde für Einwohnerinnen oder Einwohnern des Stadtbezirks Mitte

Frau Vollmer, Am Niedermühlenhof 8, 33604 stellt folgende Fragen zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. III/3/10.02 „Niedermühlenhof“:

1. *Ist Ihnen bekannt, dass das derzeitig als Grünfläche ausgewiesene Areal die einzig nennenswerte Freifläche in dem Wohngebiet „Ost-, Ravensberger-, Spindelstraße ist?*
2. *Wie begründen Sie, dass die Bauprojekte wichtiger sind als ein freies Areal für die anwohnenden Bürger - mit besonderer Beachtung für Familien mit kleinen Kindern, Senioren und Jugendlichen - und somit keinerlei Naherholungs- und Begegnungsfläche mehr zur Verfügung steht?*
3. *Wurde in diesem Zusammenhang im Rat über Alternativen nachgedacht?*

Herr Thomas Budewig, Am Niedermühlenhof 22, stellt zum gleichen Themenkomplex folgende Fragen:

1. *Wer überwacht oder wie wird überwacht, dass nach 22 Uhr die Parkplätze nicht mehr genutzt werden?*
2. *Wie soll das gewährleistet werden?*
3. *Was passiert, wenn die zulässigen Immissionsrichtwerte nach 22 Uhr überschritten werden?*

Ebenfalls zum Entwurf des Bebauungsplanes Nr. III/3/10.02 stellt Frau Petra Gayk, Am Niedermühlenhof 8, folgende Fragen:

1. *Die zugehörige schalltechnische Untersuchung bringt zum Ausdruck, dass die Immissionsrichtwerte überschritten werden könnten. Welche zusätzlichen Schallschutzmaßnahmen sind daher vorgesehen oder geplant?*
2. *Ist in diesem Zusammenhang mal eine andere Zu-/Abfahrt geplant oder durchdacht worden?*
3. *Wie ist dabei die Ausgestaltung der Straßen Heimweg und Am Niedermühlenhof geplant (als Spielstraße, verkehrsberuhigt oder mit Schwellen?)*

Herr Franz sichert eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu. Herr Blankemeyer ergänzt, dass zurzeit ein Vorentwurf erstellt werde, auf dessen Grundlage im weiteren Verfahren unter Berücksichtigung der gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungen ein Aufstellungsbeschluss gefasst werden soll.

-.-.-

Zu Punkt 2

Genehmigung des öffentlichen Teils der Niederschrift über die 57. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 04.09.2008

B e s c h l u s s:

Der öffentliche Teil der Niederschrift über die 57. Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 04.09.2008 wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

3.1

Ausgeschriebene/begonnene/abgeschlossene Kanal- und Straßenbauvorhaben

Die Bauarbeiten in der Parallelstraße zum Niederwall zwischen der Straße Am Bach und der Renteistraße sind mit Datum vom 08.08.08 fertig gestellt worden und wurden am 21.08.08 abgenommen.

- öffentliche Mitteilung -

-.-.-

3.2

Ostmannturmviertel

Das Sozialdezernat teilt mit, dass es beim nächsten Treffen des Runden Tisches „Ostmannturm“ am Montag, den 20.10.2008 um 14.00 Uhr im Altenheim St. Josef (Cafeteria, EG) in der Josefstraße 13 die Ergebnisse der Befragung aus dem Jahr 2006 (s. letzte Sitzung, TOP 6) vorstellen werde. Am Montag, den 03.11.2008 um 14.00 Uhr werde ebenfalls im Altenheim St. Josef der 1. Workshop mit dem Runden Tisch zur Diskussion und Festlegung von Zielen stattfinden.

- öffentliche Mitteilung -

-.-.-

3.3

Seit der letzten Sitzung versandte Schreiben

- Sitzungsplan der politischen Gremien für das Jahr 2009
- Antwort des Bezirksvorstehers auf die Einwohnerfrage zum „Nordparkfest“ des SPD Ortsvereins Apfelstraße
- Vermerk des Bauamtes über den Unterrichts- und Erörterungstermin im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/3/97.00 „In den alten Gärten“ am 16.09.2008

- öffentliche Mitteilung -

-.-.-

3.4

Sondersitzungen der Bezirksvertretung Mitte

Frau Stude teilt mit, dass am 05.11.2008 zwei Sondersitzungen der Bezirksvertretung Mitte geplant seien. Um 18.00 Uhr finde eine gemeinsame Sitzung mit dem Kulturausschuss und dem Betriebsausschuss des Immobilienservicebetriebes (BISB) zum Amerikahaus im Großen Saal des ehemaligen Kreishauses stattfinden. Ab 19.30 Uhr sei eine gemeinsame Sondersitzung mit dem BISB zur Frage der Umwandlung städtischer Schulen in gebundene Ganztagschulen geplant. Die Einladungen und Vorlagen würden rechtzeitig versandt.

- öffentliche Mitteilung -

-.-.-

3.5 Tag der Mobilität 2008

Herr Dr. Neu weist darauf hin, dass im Rahmen der Sperrung der August-Bebel-Straße anlässlich des Tages der Mobilität nicht beachtet worden sei, dass die Brandenburger Strasse eine Einbahnstraße sei, die auf die August-Bebel-Straße führe. Da die Ausschilderung nicht der tatsächlichen Verkehrsführung angepasst worden sei, habe dies zu erheblichen verkehrlichen Problemen geführt.

- öffentliche Mitteilung -

-.-.-

3.6 Baustellensituation im Bielefelder Osten

Frau Mertelsmann teilt mit, dass sich die Baustellensituation im Bielefelder Osten zurzeit sehr chaotisch darstelle. Die Zusicherung der Verwaltung, dass während der Baumaßnahme „Detmolder Straße“ die Ausweichmöglichkeiten baustellenfrei seien, sei nicht eingehalten worden. So gebe es seit ca. zwei Wochen sowohl in der Herforder Straße wie auch in der Eckendorfer Straße zwei Baustellen. Darüber hinaus seien weitere Baustellen in der Bleichstraße und in der Ziegelstraße. Die Auswirkungen auf den Verkehr seien erheblich und sie könne nicht nachvollziehen, dass sich die Bezirksvertretung intensiv mit Verwaltungsvorlagen zu Baustellen im öffentlichen Verkehrsraum auseinandersetzen müsse und in der Realität von den ursprünglichen Zusagen abgewichen werde.

- öffentliche Mitteilung -

-.-.-

Zu Punkt 4 Anfragen

Zu Punkt 4.1 Maßnahmen gegen das wilde Plakatieren in der Innenstadt (öffentlich) (Anfrage der CDU-Fraktion vom 20.09.2008)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5860/2004-2009

Text der Anfrage:

Sachverhalt:

Obwohl es eindeutige Regelungen hinsichtlich des Plakatierens im öffentlichen Raum gibt, ist festzustellen, dass das wilde Plakatieren immer mehr überhand nimmt, ohne dass hiergegen massiv eingeschritten zu werden scheint. Außerdem vertieft sich der Eindruck, dass ja nach Veranstalter unterschiedliches Recht angewandt wird. Unter Bezugnahme auf die Anfrage der BfB vom 18.09.2003 (Drucksache 7700) und den

Antrag der SPD vom 19.04.2007 (Drucksache 3570) stellen wir deshalb die folgenden Fragen:

Frage

Aus welchen Gründen wird gegen die Wildplakatierung entgegen der Beschluss- und Rechtslage im Wesentlichen nicht eingeschritten?

Zusatzfrage

Auf welcher Rechtsgrundlage und auf welchen Kriterien basiert die Ermessensentscheidung der Duldung wild angebrachter Plakate?

Im Rahmen der Beantwortung der Anfrage führt das Ordnungsamt aus, dass es gem. § 4 Abs. 4 der Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung auf dem Gebiet der Stadt Bielefeld (OBVO) verboten sei, Gebäude oder sonstige bauliche Anlagen, soweit sie von öffentlichen Verkehrsflächen aus einsehbar seien, unbefugt zu bekleben, zu bemalen oder zu beschmieren sowie unbefugt Plakate oder sonstige Werbematerialien auf andere Weise anzubringen. Das gleiche gelte für Schaltkästen und sonstige Einrichtungen der Versorgungsbetriebe, der Telekommunikations- und Postdienstanbieter; für Licht- und Straßenmasten, Verkehrszeichen, Anschlagflächen; für Bänke und Spielgeräte, Schutzunterstände des ÖPNV, Bäume, Blumenkübel und sonstige der Verkehrsberuhigung oder Verschönerung dienenden Gegenstände. Ein Nichteinschreiten entgegen der Beschluss- und Rechtslage durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ordnungsamtes liege nicht vor. Im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten werde - wie in den vergangenen Jahren auch - die Einhaltung dieses Verbots durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Abteilung Außendienst im Ordnungsamt überwacht. Festgestellte Zuwiderhandlungen würden angezeigt und im Rahmen von Verwarnungs- oder Bußgeldverfahren geahndet. Entsprechendes gelte für Zuwiderhandlungen, die von der Polizei oder Privatpersonen angezeigt werden. Eine Duldung von illegal angebrachten Plakaten bzw. eine unterschiedliche Behandlung von Verstößen gegen das o. a. Verbot erfolge seitens der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Ordnungsamt ebenfalls nicht. Zur Bekämpfung der Wildplakatierung sei im Übrigen in Bielefeld ein Vertrag abgeschlossen worden, auf dessen Inhalt im nichtöffentlichen Teil der Sitzung eingegangen werde.

Herr Meichsner erklärt, dass jeder Veranstalter auf eine Vereinbarung mit einem bestimmten Bewerber hingewiesen werde, demzufolge dieser die Möglichkeit habe für kulturelle Veranstaltungen an geeigneten Stellen kostenlos plakatieren zu können. Vor diesem Hintergrund würden die Veranstalter auch darauf hingewiesen, dass wilde Plakatierungen entfernt würden. Unter Verweis auf die im unmittelbaren Umfeld des Rathauses vorhandenen wilden Plakatierungen stellt er nachfolgend fest, dass das Recht sehr wohl unterschiedlich angewandt werde. Herr Meichsner äußert abschließend die Bitte, dass die Verwaltung in einer konzertierten Aktion von Ordnungsamt und Amt für Verkehr deutlich mache, dass sie - unabhängig vom Veranstalter - wilde Plakatierungen nicht dulde.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4.2
(öffentlich)

Einrichtung sowie Öffnung öffentlicher Toiletten
(Anfrage von Herrn Micketeit [BfB] vom 09.10.2008)

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5969/2004-2009

Text der Anfrage:

Auf Initiative der Bürgergemeinschaft hat die Bezirksvertretung Mitte am 08. Mai 2008 folgenden Beschluss gefasst:

Die Bezirksvertretung Mitte begrüßt ausdrücklich den Antrag des Seniorenrates vom 20.02.2008 bzgl. der Einrichtung sowie der Öffnung öffentlicher Toiletten und bittet den Hauptausschuss, die Verwaltung mit einer möglichst zeitnahen Erstellung eines Gesamtkonzepts für die Stadt Bielefeld zu beauftragen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir um Beantwortung folgender Frage:

Wann wird dieser Beschluss von der Verwaltung umgesetzt?

Im Rahmen der Beantwortung der Anfrage teilt das Amt für Verkehr mit, dass die Verwaltung zurzeit an einem Konzept zur Verbesserung der Möglichkeiten zur Benutzung öffentlicher Toiletten für ältere und behinderte Menschen in Bielefeld arbeite. Priorität habe dabei zunächst, Lösungen für den Innenstadtbereich zu finden. Derzeit würden noch intensive Gespräche mit Altstadtkaufleuten, dem Einzelhandelsverband Ostwestfalen-Lippe e.V. und dem Hotel- und Gaststättenverband Ostwestfalen e. V. geführt, um eine Öffnung vorhandener Toiletten im Bereich der privaten Betriebe für ältere und behinderte Menschen zu erreichen. Es sei vorgesehen, kurzfristig ein gemeinsames Konzept unter Beteiligung der Stadt Bielefeld vorzustellen. Lösungen für die Stadtbezirkszentren würden folgen.

Herr Micketeit äußert sein Unverständnis, dass das Problem auf die privaten Gewerbetreibenden abgeschoben werde, zumal es z. B. intakte Toilettenanlagen auf dem Kesselbrink oder an der Sieker Endstation gebe. Die BfB erwarte in diesem Zusammenhang, dass die Anlagen bis zum Ende des Jahres wieder geöffnet würden.

Frau George kritisiert ebenfalls das Fehlen öffentlicher Toilettenanlagen. Das von der Verwaltung vorgeschlagene Modell der „netten Toilette“, bei der die Gastronomen von der Stadt Bielefeld einen Zuschuss bekommen würden, sei aus ihrer Sicht nicht akzeptabel.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 4.3
(öffentlich)

Abschaltung des Randgruppenvergraulungsklavierstücks "Für Elise"
(Anfrage der CDU-Fraktion vom 09.10.08)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5974/2004-2009

Text der Anfrage:

Sachverhalt:

Mit Beginn der Umsetzung der Satzung der öffentlichen Grünanlage rund um die Stadthalle sollte gemäß öffentlicher Zusage das in der Tüte zur erhofften Randgruppenvergraulung eingesetzte Klavierstück „Für Elise“ ersatzlos abgeschaltet werden.

Frage:

Aus welchen Gründen ist das bisher noch nicht erfolgt?

Zusatzfrage:

Wann wird die Abschaltung erfolgen?

Frau Stude erklärt, dass die Antwort urlaubs- bzw. krankheitsbedingt erst in der nächsten Sitzung gegeben werden könne.

Herr Franz und Herr Meichsner sprechen sich dafür aus, das Klavierstück möglichst kurzfristig abzuschalten.

Zu Punkt 4.4
(öffentlich)

Mietausfallerstattungspflicht gegenüber dem HFS-Fonds
(Anfrage von Herrn Micketeit [BfB] vom 14.10.2008)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6007/2004-2009

Text der Anfrage:

Eine von der BfB zur Sitzung der Bezirksvertretung Mitte am 10. Januar 2008 gestellte Anfrage wurde bis heute nicht richtig beantwortet. Unsere Anfrage bezog sich nicht auf die laufenden Verhandlungen, sondern vielmehr auf die gesamte Vergangenheit seit Bestehen des Amerikahauses.

Vor diesem Hintergrund bittet die BfB in der nächsten Sitzung der Bezirksvertretung Mitte um Beantwortung folgender Anfrage:

Bestand in der Vergangenheit gegenüber dem Münchener HFS-Fonds eine Mietausfallerstattungspflicht?

Der Immobilienservicebetrieb teilt mit, dass der Verwaltung keine Unterlagen, Schriftwechsel, Verträge oder sonstige Unterlagen vorliegen würden, wonach ein derartiger Anspruch vom HFS-Fond begründet werden

könnte.

Herr Micketeit zeigt sich über diese Auskunft verwundert, da er von entsprechenden Prozessen wisse.

Die Bezirksvertretung nimmt Kenntnis.

Zu Punkt 5

Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen

Zu Punkt 5.1
(öffentlich)

Genehmigung der gem. § 36 Abs. 5 GO NRW gefassten Dringlichkeitsentscheidung Nr. 12 der Bezirksvertretung Mitte vom 18.09.2008 zur Benennung des Skulpturenparks an der Kunsthalle

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5884/2004-2009

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Mitte genehmigt die durch den Bezirksvorsteher Herrn Franz und die weiteren Mitglieder der Bezirksvertretung Frau Mertelsmann, Herrn Meichsner, Herrn Gutknecht, Herrn Micketeit, Frau George, Frau Helmecke und Herrn Ridder-Wilkens am 18.09.2008 gefasste Dringlichkeitsentscheidung Nr. 12 zur Benennung des Skulpturenparks der Kunsthalle Bielefeld.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 5.2
(öffentlich)

Genehmigung der Dringlichkeitsentscheidung Nr. 13 über die bauliche Maßnahme Verkehrsweg Amerikahaus - Vorführstreifen Zulassungsstelle Kavalleriestraße -

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5876/2004-2009

Herr Gutknecht erklärt, dass er die Dringlichkeitsentscheidung nicht genehmigen werde, da seiner Meinung nach eher geeignete Flächen als Vorführflächen zur Verfügung stünden. Die von Herrn Franz und Herrn Meichsner vorgenommene Ergänzung (s. Ziffer 2 des Beschlusses) sei grundsätzlich richtig. Allerdings müsse dabei auch berücksichtigt werden, dass über die Vorführung der LKW-Einheiten hinaus auch regelmäßig LKW-Anlieferverkehre zum benachbarten Lebensmittelmarkt vorhanden seien.

Herr Franz erklärt, dass die Ergänzung im Einklang mit den Ausführungen der Verwaltung stünde, demzufolge im Durchschnitt weniger als zwei LKW-Einheiten täglich vorgeführt würden. Sollten Firmen eine größere Anzahl an Fahrzeugen vorführen, bestünde zudem auch die Möglichkeit einer externen Vorführung auf dem Firmengelände.

Herr Meichsner weist überdies darauf hin, dass die Ergänzung auch im Sinne der Sicherheit der übrigen Verkehrsteilnehmer sei, da dadurch vermieden werde, dass Fahrzeuge unter Umständen bis in den Kreuzungsbereich der Paulusstraße hineinragen würden.

Herr Gutknecht erachtet die Führung zusätzlicher LKW-Verkehre in das Quartier hinein aufgrund der Straßenquerschnitte der Kavalleriestraße und der Paulusstraße als problematisch. In diesem Zusammenhang seien erhebliche Lärm- und Schadstoffbelastungen für die Anwohnerinnen und Anwohner zu erwarten. Problematisch sei auch die Nähe zur auf der gegenüberliegenden Straßenseite gelegenen Landeszentralbank. Des Weiteren bestünde aus seiner Sicht auch ein nicht unerhebliches Gefahrenpotential in Anbetracht des benachbarten Schul- und Radweges.

B e s c h l u s s:

- 1. Die Bezirksvertretung Mitte genehmigt die von Bezirksvorsteher Franz und Bezirksvertretungsmitglied Meichsner am 23.09.2008 unterzeichnete Dringlichkeitsentscheidung Nr. 13 zur baulichen Maßnahme Verkehrsweg Amerikahaus – Vorführstreifen Zulassungsstelle Kavalleriestraße.**

- bei 4 Nein-Stimmen mit großer Mehrheit beschlossen -

- 2. Im Übrigen ist organisatorisch sicherzustellen, dass die Vorführung der LKW-Einheiten zeitlich entzerrt erfolgt und die Anzahl von drei LKW-Einheiten größer als 3,5 t pro Tag nicht überschritten wird.**

- bei 4 Nein-Stimmen mit großer Mehrheit beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Anträge

Zu Punkt 6.1
(öffentlich)

Erneuerung der Asphaltierung sowie Reparatur der Bänke an der Promenade **(Antrag von Herrn Micketeit (BfB) vom 09.10.2008)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5970/2004-2009

Antragstext:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Asphaltierung der Promenade zwischen Brand's Busch und der Sparrenburg sowie die Erneuerung der defekten Bänke bei denen die Sitzflächen fehlen, durchzuführen.

Auf Nachfrage von Herrn Gutwald, ob die hierfür erforderlichen Mittel im Rahmen der Haushaltsplanberatungen bereitzustellen wären, erklärt Herr Meichsner, dass es bei den genannten Maßnahmen seines Erachtens um Verkehrssicherungsmaßnahmen handele, die aus dem laufenden

Haushalt des Umweltbetriebes zu finanzieren seien. Herr Gutknecht regt an, nach Abschluss der Maßnahme einen Überblick über die Kosten zu erhalten.

B e s c h l u s s:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Asphaltierung der Promenade zwischen Brand`s Busch und der Sparrenburg sowie die Erneuerung der defekten Bänke bei denen die Sitzflächen fehlen, durchzuführen.
2. Nach Abschluss der Maßnahme sind der Bezirksvertretung Mitte die entstandenen Kosten mitzuteilen.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6.2
(öffentlich)

Angebot an Fahrradständern im Neuen Bahnhofsviertel **(Antrag der SPD-Fraktion vom 11.10.2008)**

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5983/2004-2009

Text des Antrages:

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Kapazität des überdachten Fahrradständers an der Joseph-Massolle-Straße gegenüber dem "Cinemaxx" sowie das Angebot an Fahrradständern im neuen Bahnhofsviertel insgesamt noch ausreichend für den aktuellen Bedarf ist.

Wenn die Prüfung ergeben sollte, dass der Bedarf größer als das Angebot an Abstellmöglichkeiten ist, sollte die Verwaltung zeitnah Vorschläge für eine Erweiterung des Angebots an Fahrradständern in diesem Bereich entwickeln und der Bezirksvertretung vorstellen.

Herr Meichsner spricht sich dafür aus, den Antrag nicht als Prüfauftrag zu beschließen, sondern die Verwaltung mit der Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen zu beauftragen, da es definitiv zu wenig Fahrradabstellmöglichkeiten in diesem Bereich gebe. Vor diesem Hintergrund sollten auch Gespräche mit der Deutschen Bahn geführt werden. Im Übrigen weist er darauf hin, dass die hinter Gleis 8 liegenden Abstellmöglichkeiten nur unzureichend angenommen würden, da diese nur von der Westseite erschlossen würden. Von daher spreche er sich dafür aus, eine Öffnung von der Ostseite herbeizuführen.

Frau Mertelsmann übernimmt als Antragstellerin die Vorschläge von Herrn Meichsner.

Herr Gutwald stimmt dem geänderten Antrag zu.

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird beauftragt, das Angebot an Fahrradabstellmög-

lichkeiten im Neuen Bahnhofsviertel zu erhöhen. Hierzu sind Gespräche mit der Deutschen Bahn aufzunehmen, um zeitnah eine Öffnung nach Osten zum Bahngelände zu ermöglichen.

- einstimmig beschlossen -

-:-

Zu Punkt 6.3
(öffentlich)

Verbesserung der Ampelschaltung für Fußgänger an der Lichtsignalanlage Schloßhofstrasse - Melanchthonstrasse
(Antrag der SPD-Fraktion vom 11.10.2008)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5984/2004-2009

Antrag der SPD-Fraktion vom 11.10.2008, Drucksache 5984

Die Verwaltung wird gebeten, die Grünphase für Fußgänger bei der Ampelschaltung der Lichtsignalanlage an der Schloßhofstraße / Melanchthonstraße zu verbessern, um ein sicheres Queren der Fahrbahn zu ermöglichen.

Unter Bezugnahme auf den Antrag teilt das Amt für Verkehr mit, dass nach den Richtlinien für Lichtsignalanlagen die Grünzeit für Fußgänger so zu bemessen sei, dass ein Fußgänger, der zu Beginn der Grünzeit losgehe, innerhalb der Grünzeit mindestens die halbe Fahrbahnbreite überschreiten könne. Die Schaltung der Lichtsignalanlage an der genannten Kreuzung sei an beiden Furten über die Schloßhofstraße erfüllt. An der kürzeren westlichen/stadtauswärtigen Furt könne sogar die gesamte Fahrbahn während der Grünzeit gequert werden. Zusätzlich komme zu der Grünzeit noch die Zwischenzeit hinzu, die den Zeitraum von „Ende Fußgängergrün“ bis zum „Beginn Fahrzeuggrün“ umfasse. Diese Zwischenzeit werde im Steuergerät versorgt und überwacht, so dass ein Fußgänger, der in der letzten Grünsekunde die Fahrbahn betrete, ebenfalls noch die andere Straßenseite erreiche, bevor der Fahrzeugverkehr Grün bekomme. Eine Verlängerung der Grünzeit für Fußgänger würde zu einer längeren Behinderung der wartepflichtigen abbiegenden Fahrzeuge auf der Melanchthonstraße führen und somit die Leistungsfähigkeit dieser Kreuzung reduzieren, was nach Einschätzung des Amtes für Verkehr zu größeren Rückstaus im Berufsverkehr führen dürfte. Daher könne eine Verlängerung der Grünzeit nicht empfohlen werden. Abschließend weist das Amt für Verkehr darauf hin, dass an der westlichen / stadtauswärtigen Furt über die Schloßhofstraße eine längere Grünzeit geschaltet werde als an der östlichen / stadteinwärtigen Furt. Von daher werde bei größeren Schülergruppen die Nutzung dieser Furt empfohlen.

Frau Mertelsmann erklärt, dass sie die Stellungnahme des Amtes für Verkehr nicht nachvollziehen könne, da bereits mehrfach sowohl aus der Eltern- wie aus der Schülerschaft auf die unzureichenden Grünzeiten hingewiesen worden sei. Da die Schülerinnen und Schüler zurzeit bei Rot die Übergänge queren müssten, gebe es auch jetzt schon längere Wartezeiten für den Autoverkehr. Durch die Betreuung von Schülerinnen und Schülern des Max-Planck-Gymnasiums im Gebäude der Gutenbergschule habe sich das Problem noch zusätzlich verschärft. Der Sicherheit der

Kinder sei höchste Priorität einzuräumen, die Leistungsfähigkeit der Kreuzung für den Autoverkehr erachte sie in diesem Fall als nachrangig. Von daher werde ihre Fraktion am Antrag festhalten.

Herr Meichsner schlägt vor, eine - der Regelung bei Hauptverkehrsstraßen entsprechende - Signalisierung anzuwenden und unterschiedliche Fahrspurzeitfolgen zu schalten. Im konkreten Fall sollten die Phasen auf die Schulzeiten abgestimmt werden.

Frau Mertelsmann stimmt als Antragstellerin der Ergänzung zu.

B e s c h l u s s:

Die Verwaltung wird gebeten, die Grünphase für Fußgänger bei der Ampelschaltung der Lichtsignalanlage an der Schloßhofstraße / Melanchthonstraße zu verbessern, um ein sicheres Queren der Fahrbahn zu ermöglichen. Die entsprechende Phasenregelung ist auf die Schulzeiten abzustimmen.

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 6.4
(öffentlich)

Parkhaus im Neuen Rathaus **(Antrag der CDU-Fraktion vom 23.10.2008)**

Antragstext (s. auch TOP „Vor Eintritt in die Tagesordnung“)

Durch die Renovierungsarbeiten im Rathausparkhaus und dem damit verbundenen Wegfall vieler Parkplätze kommt es verstärkt zu Staus wegen Parkplatzmangel. Da jetzt bereits die vorweihnachtliche Einkaufszeit beginnt, wird die Verwaltung gebeten, eine Lösung zur Öffnung nach Dienstschluss des durch eine Schranke abgeschlossenen Parkplatzes hinter dem Rathaus zu finden.

Herr Henningsen erklärt, dass die Renovierungsarbeiten im Rathausparkhaus und der damit verbundene Parkplatzmangel zu erheblichen Wartezeiten für die Nutzer des Parkhauses führen würden. Er spreche sich dafür aus, für die Zeit der Arbeiten den Parkplatz im Rathausinnenhof nach Dienstschluss der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Herr Meichsner ergänzt, dass zusätzlich geprüft werden sollte, in welchem Zeitrahmen die Absperrungen kurzfristig aufgehoben werden könnten.

B e s c h l u s s:

- 1. Durch die Renovierungsarbeiten im Rathausparkhaus und dem damit verbundenen Wegfall vieler Parkplätze kommt es verstärkt zu Staus wegen Parkplatzmangel. Da jetzt bereits die vorweihnachtliche Einkaufszeit beginnt, wird die Verwaltung gebeten, eine Lösung zur Öffnung nach Dienstschluss des durch eine Schranke abgeschlossenen Parkplatzes hin-**

ter dem Rathaus zu finden.

**2. Zusätzlich ist zu prüfen, in welchem Zeitrahmen die Absper-
rungen kurzfristig aufgehoben werden können.**

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 7

Stadtbahn

**Zu Punkt 7.1
(öffentlich)**

**Anpassung der Nikolaus-Dürkopp-Straße an den Einsatz breiter
Stadtbahnwagen**

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5606/2004-2009

(Der Tagesordnungspunkt wurde im Anschluss an TOP 4 „Anfragen“ be-
handelt.)

Unter Verweis auf den vor der letzten Sitzung durchgeführten Ortstermin betont Herr Franz, dass am Straßenquerschnitt keine Änderungen vorge-
nommen würden, insbesondere bliebe die Anzahl der Stellplätze erhal-
ten.

Herr Glasl erläutert die Planungen und stellt fest, dass die Nikolaus-
Dürkopp-Straße unabhängig von der Frage einer möglichen Streckenfüh-
rung der Linie 4 an den zukünftigen Einsatz breiterer Stadtbahnwagen
anzupassen sei. Aus seiner Sicht sollte zum jetzigen Zeitpunkt nur eine
bestandsnahe Sanierung der Gleisanlage erfolgen. Sollte perspektivisch
die Entscheidung zur Errichtung eines Hochbahnsteiges in diesem Be-
reich getroffen werden, sei dies - eine entsprechende Mittelbereitstellung
vorausgesetzt - durch eine leichte Veränderung der Gleisanlage und der
Straßennebenräume realisierbar.

Herrn Meichsner erachtet es als zwingend erforderlich, im Rahmen der
baulichen Maßnahme dafür Sorge zu tragen, dass insbesondere im Ein-
mündungsbereich Niederwall / Nikolaus-Dürkopp-Straße der durch die
Stadtbahn verursachte Lärm drastisch reduziert werde. Im Übrigen sollte
die Umsetzung der Maßnahme im Zusammenhang mit dem noch drei
Jahre andauernden Umbau der Detmolder Straße und den daraus resul-
tierenden verkehrlichen Beeinträchtigungen gesehen werden. Da es aus
seiner Sicht notwendig sei, die parallel zur Detmolder Straße verlaufen-
den Verkehrswege möglichst offen zu halten, bittet er darum, die Bauab-
lauf- und die Bauausführungsplanung detailliert darzustellen und der Be-
zirksvertretung vorzulegen.

Herr Dr. Neu räumt ein, dass die Verkehrssituation in dem Bereich unter-
halb der Detmolder Straße teilweise unbefriedigend sei, allerdings sei der
Nikolaus-Dürkopp-Straße seiner Einschätzung nach keine hohe verkehr-
liche Bedeutung beizumessen, schon gar nicht könne sie als Hauptver-
kehrsstraße bezeichnet werden.

Herr Meier betont, dass die Arbeiten in der Nikolaus-Dürkopp-Straße ge-
rade vor dem Hintergrund des Umbaus der Detmolder Straße weder im

Bereich der August-Bebel-Straße noch im Bereich des Gleisdreiecks am Niederwall durchgeführt würden. Zur Lärmproblematik führt er aus, dass bereits durch den neuen Straßenbelag (Gussasphalt) im Schienenbereich Lärminderungen eintreten würden. Die Bauausführung und hierbei insbesondere die Querung der Turnerstraße müsse noch im Detail mit dem Amt für Verkehr abgestimmt werden. Hierbei würden die Auswirkungen des Umbaus der Detmolder Straße entsprechend gewürdigt werden.

Auf Nachfrage von Herrn Franz führt Herr Meier aus, dass die Maßnahme Nikolaus-Dürkopp-Straße in zwei Abschnitten durchgeführt werde und eine reine Bauzeit von zweimal drei Wochen geplant sei. Die relativ lange Dauer sei damit zu begründen, dass während des laufenden Stadtbahnbetriebes der Linie 3 gearbeitet werde. Ob die Maßnahme in 2009 oder 2010 realisiert werde, stehe zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht definitiv fest. Fakt sei jedoch, dass die breiteren Stadtbahnwagen in 2011 zum Einsatz kämen.

Herr Henningsen erachtet einen Eingriff in den Kreuzungsbereich Nikolaus-Dürkopp-Straße / Turnerstraße während der Bauarbeiten in der Detmolder Straße als sehr problematisch, da gerade die Turnerstraße verstärkt als Ausweichmöglichkeit genutzt werde.

Auf Vorschlag von Herrn Meichsner fasst die Bezirksvertretung folgenden

B e s c h l u s s:

- 1. Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss, dem Umbau der Nikolaus-Dürkopp-Straße entsprechend Anlage 1 und 2 zuzustimmen.**
- 2. Die detaillierte Ausführungsplanung ist in der Bezirksvertretung Mitte im Rahmen des Baustellengesamtkonzeptes für den Bezirk Mitte vorzustellen und abzustimmen.**

- einstimmig beschlossen -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

Zu Punkt 7.2
(öffentlich)

Stadtbahn im Dürkopp-Quartier

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5639/2004-2009

(Der Tagesordnungspunkt wurde im Anschluss an TOP 4 „Anfragen“ behandelt.)

Herr Franz verweist auf den einstimmig gefassten Ratsbeschluss vom 16.10.2008 zur Führung einer Stadt- bzw. Straßenbahn nach Heepen. Vor dem Hintergrund der Beschlusslage rege er an, das Projekt „Stadtbahn im Dürkopp-Quartier“ zurückzustellen und im Gesamtzusammenhang der anstehenden Planungen zu prüfen. Darüber hinaus sollten die Planungen für eine Optimierung der Stadtbahn-Haltestellen zur Verbes-

serung der Verkehrssicherheit im Bereich Nikolaus-Dürkopp-Straße, August-Bebel-Straße und Oelmühlenstraße konkretisiert werden.

Unter Verweis auf die Diskussion in der letzten Sitzung stellt Frau George folgenden Antrag:

- 1. Die Bezirksvertretung Mitte widersetzt sich ganz entschieden jeglichen Eingriffen in das Wohnquartier Dürkopp Tor 6, wie es z. B. moBiel durch die Erweiterung des Stadtbahnnetzes gewünscht wird.*
- 2. Darüber hinaus erwartet die Bezirksvertretung Mitte, dass die seinerzeit geplante und durch das Quartier verlaufende Stadtbahntrasse nach Heepen mit Rücksicht auf die inzwischen erfolgte umfangreiche Wohnbebauung aufgehoben wird.*

Sie führt aus, dass die Thematik im Interesse der Bewohnerinnen und Bewohner des Dürkopp-Quartiers zum Abschluss gebracht werden müsse und nicht ständig vertagt werden sollte.

Herr Gutknecht weist darauf hin, dass bisher unter den Fraktionen keine Zustimmung zu der von moBiel geplanten Verlängerung der Linie 4 in das Dürkopp Tor 6-Gelände festzustellen sei. Vielmehr sei man in einem Stadium der Meinungsbildung unter Berücksichtigung der Kostensituation und weiterer Prämissen. Der Antrag von Frau George sei aus seiner Sicht zum jetzigen Zeitpunkt nicht nötig, zumal hierdurch sowohl der Verwaltung wie auch moBiel Handlungsbeschränkungen hinsichtlich einer Gesamtplanung auferlegt würden. Seine Fraktion erachte die Realisierung eines Hochbahnsteiges in diesem Bereich als erforderlich und spreche sich diesbezüglich für den Standort August-Bebel-Straße aus.

Herr Henningsen stimmt Herrn Gutknecht zu und betont, dass sowohl die CDU- wie auch die SPD-Fraktion in der letzten Sitzung deutlich zum Ausdruck gebracht hätten, dass sie der Planung von moBiel sehr skeptisch gegenüberstünden. Der vom Rat als übergeordnetes Gremium am 16.10.2008 erteilte Planungsauftrag sei von der Bezirksvertretung zu akzeptieren, insofern könne seine Fraktion dem Antrag von Frau George nicht zustimmen.

Frau Mertelsmann betont, dass die verschiedenen Möglichkeiten der Führung einer Stadtbahn nach Heepen offen gehalten werden sollten. Von daher spreche auch sie sich dafür aus, das Projekt „Stadtbahn im Dürkopp-Quartier“ zunächst zurückzustellen und die Abarbeitung des vom Rat beschlossenen Planungsauftrages abzuwarten.

Herr Micketeit erklärt, dass eine Trassenführung nach Heepen durch das Dürkopp-Quartier aus seiner Sicht weder möglich noch sinnvoll sei, da sich die Weiterführung aus diesem Bereich heraus als sehr schwer darstellen werde. Eine Endhaltestelle im Dürkopp-Quartier sei den Anwohnerinnen und Anwohnern definitiv nicht zuzumuten.

Herr Ridder-Wilkens stimmt dem Vorschlag von Herrn Franz ebenfalls zu. Bereits in der letzten Sitzung sei deutlich geworden, dass sich alle Parteien gegen die Endhaltestelle aussprechen würden. Die Einrichtung eines Hochbahnsteiges in der August-Bebel-Straße befürworte er aus-

drücklich, die diesbezüglichen Planungen sollten möglichst kurzfristig aufgenommen werden.

Herr Meichsner merkt an, dass der in der letzten Sitzung der Bezirksvertretung einstimmig beschlossene umfangreiche Prüfauftrag noch abzuarbeiten sei und möglicherweise Gelegenheit eingeräumt werden müsse, auf den Fragenkatalog einzugehen. Vor diesem Hintergrund empfehle er Frau George, ihren Antrag so lange zurückzustellen, bis der - auch von ihr beschlossene - Arbeitsauftrag abgearbeitet sei. Sollte sie den Antrag nicht zurückstellen, rege er an, über den Antrag nicht zu beschließen, da sonst die bisherigen Aussagen konterkariert würden. Er betont ausdrücklich, dass damit keine inhaltliche Entscheidung getroffen sei.

Herr Franz weist darauf hin, dass der umfangreiche Planungsauftrag einer Stadtbahnlinie nach Heepen den Gesamtkontext des schienengebundenen Nahverkehrs im Stadtbezirk Mitte tangiere. Aus diesem Grunde sollte von einer isolierten Entscheidung zum Dürkopp-Quartier Abstand genommen werden.

Aufgrund der Diskussion stellt Frau George ihren Antrag zurück.

B e s c h l u s s:

- 1. Mit Blick auf den einstimmigen Ratsbeschluss vom 16.10.08 über einen umfassenden Planungsauftrag für die Stadtbahnlinie nach Heepen, die in erheblichem Umfang durch den östlichen Bereich des Bezirks Mitte führen wird, ist das Projekt „Stadtbahn im Dürkopp-Quartier“ zurück zu stellen und im Gesamtzusammenhang der anstehenden Planungen zu prüfen.**
- 2. Die Planungen für eine Optimierung der Stadtbahn-Haltestellen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit im Bereich Nikolaus-Dürkopp-Strasse, August-Bebel-Strasse und Oelmühlenstrasse sind zu konkretisieren.**

- einstimmig beschlossen -

Zu Punkt 8
(öffentlich)

Neubau für die HGS Hauptschule Luther 1, Außenanlagen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5672/2004-2009

Herr Meichsner äußert die Hoffnung, dass die Schule die Außenanlagen in entsprechender Weise nutzen und erhalten werde. Allerdings könne er die in der Vorlage genannte nachhaltige Belastung des städtischen Haushaltes von 2.226 € nicht nachvollziehen. Aus seiner Sicht hätte eine neue Kostenberechnung erstellt werden müssen, die den aktualisierten Gesamtbetrag der Folgekosten, die sich bereits vor der Umgestaltung auf ca. 28.000 € belaufen hätten, darstellen würde. Die in der Vorlage gewählte Form der Darstellung sei zumindest irreführend und er erwarte, dass dies korrigiert werde.

B e s c h l u s s :

Dem Entwurf für die Gestaltung der Außenanlagen an der HGS Hauptschule Luther 1, Teilplan Nr. 24.9.14 vom 22.04.2008 und Teilplan Nr. 24.9.15 vom 21.04.2008 wird zugestimmt.

- einstimmig beschlossen -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

-.-.-

Zu Punkt 9
(öffentlich)

Erlass einer Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Durchführung von Osterfeuern im Gebiet der Stadt Bielefeld und der 1. Änderungsverordnung zur Ordnungsbehördlichen Verordnung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung im Gebiet der Stadt Bielefeld vom 27.06.2008

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 5839/2004-2009

Herr Henningsen weist darauf hin, dass es lt. Vorlage in Bielefeld rd. 30 Osterfeuer als öffentliche Veranstaltungen gebe und dass in der Regel pro Stadtteil ein Osterfeuer genehmigt werde. Die Vorlage lasse den Schluss zu, dass zukünftig 2/3 aller Osterfeuer verboten werden sollen. Dies sei nicht im Interesse der durchführenden Organisationen, Vereine und Verbände und werde von seiner Fraktion auch nicht akzeptiert. Von daher stelle er folgenden Änderungsantrag:

Die bisherigen Osterfeuer, die als öffentliche Veranstaltungen durchgeführt werden, können erhalten bleiben. Eine Ausweitung sollte nicht erfolgen.

Frau Stude entgegnet, dass das Umweltamt ausdrücklich darauf hingewiesen habe, dass es nicht darum gehe, die Anzahl der bisher durchgeführten traditionellen Veranstaltungen zu reduzieren, sondern die privaten Osterfeuer auszuschließen.

Herr Henningsen erklärt, dass er aus Gründen der Eindeutigkeit und Nachvollziehbarkeit an seinem Antrag festhalte.

Frau Mertelsmann weist darauf hin, dass in der Vorlage nicht von Stadtbezirken sondern von Stadtteilen die Rede sei und sich von daher genannte Anzahl von 30 Osterfeuern erklären lasse. Allerdings könne sie dem Antrag der CDU-Fraktion, der der Klarstellung diene, durchaus zustimmen.

Herr Gutknecht schließt sich den Ausführungen von Frau Mertelsmann an.

Herr Meichsner weist darauf hin, dass der Änderungsantrag von Herrn Henningsen die Möglichkeit weiterer öffentlicher Veranstaltungen einschränken würde.

Herr Dr. Neu schlägt vor, die Ordnungsbehördliche Verordnung zu beschließen und die Verwaltung zu beauftragen, bei der Genehmigung von Osterfeuern darauf zu achten, historisch gewachsene Veranstaltungen zu erhalten.

Herr Gutknecht betont, dass die Vorlage darauf abziele, die privaten Osterfeuer, in deren Rahmen häufig Gartenabfälle usw. verbrannt würden, zu reduzieren. Herr Hahn stimmt den Ausführungen zu.

Nach weiterer Diskussion schlagen Frau Mertelsmann und Herr Meichsner folgende Formulierung vor:

„In § 1 der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Durchführung von Osterfeuern im Gebiet der Stadt Bielefeld (Anlage 1 der Vorlage) ist folgender Absatz 5 einzufügen:

Bisherige traditionelle Osterfeuer sind weiterhin zu genehmigen; darüber hinaus sind auch zusätzliche, im öffentlichen Interesse liegende Osterfeuer zu genehmigen.“

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt die Ausführungen der Verwaltung im Rahmen ihres Anhörungsrechtes zur Kenntnis und empfiehlt dem Rat der Stadt dem Vorschlag der Verwaltung mit folgender Änderung zu folgen:

In § 1 der Ordnungsbehördlichen Verordnung über die Durchführung von Osterfeuern im Gebiet der Stadt Bielefeld (Anlage 1 der Vorlage) ist folgender Abs. 5 einzufügen:

„Bisherige traditionelle Osterfeuer sind weiterhin zu genehmigen; darüber hinaus sind auch zusätzliche, im öffentlichen Interesse liegende Osterfeuer zu genehmigen.“

- einstimmig beschlossen bei 6 Enthaltungen -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

-:-:-

Zu Punkt 10
(öffentlich)

28. Nachtragssatzung zur Satzung über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren in der Stadt Bielefeld (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung hier: Änderung des Straßenreinigungsverzeichnisses (Stadtbezirk Mitte)

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5917/2004-2009

Ohne Aussprache fasst die Bezirksvertretung folgenden

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung empfiehlt dem Rat, die Änderungen des Straßenreinigungsverzeichnisses gem. Anlage zur Vorlage zu beschließen.

- einstimmig beschlossen -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

-.-.-

Zu Punkt 11
(öffentlich)

Erstaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/1/01.26 "Gehrenberg" für das Gebiet begrenzt durch die Straßen Welle, Steinstraße, Siekerwall, Kreuzstraße, Breite Straße und der Neustädter Straße im vereinfachten Verfahren gem. § 13 Baugesetzbuch (BauGB) - Stadtbezirk Mitte - Aufstellungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6062/2004-2009

Herr Blankemeyer teilt mit, dass die Verwaltung die Vorlage, Drucksache 5950/2004-2009, zurückgezogen habe. Die neue Vorlage, die als Tischvorlage verteilt worden ist (Drucksache 6062), enthalte folgende Beschlussempfehlung:

1. *Der Bebauungsplan Nr. III/1/01.26 „Gehrenberg“ ist für das Gebiet begrenzt durch die Straßen Welle, Steinstraße, Siekerwall, Kreuzstraße, Breite Straße und der Neustädter Straße im Sinne des § 30 Baugesetzbuch (BauGB) im vereinfachten Verfahren gem. § 13 BauGB neu aufzustellen. Für die genauen Grenzen des Plangebietes ist die im Übersichtsplan im Maßstab 1 : 1.000 mit blauer Farbe vorgenommene Umrandung verbindlich.*
2. *Der Aufstellungsbeschluss ist gem. § 2 Abs. 1 BauGB öffentlich bekannt zu machen. Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB wird gem. § 13 Abs. 2 Nr. 1 BauGB abgesehen.*
3. *Eine Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB ist gem. § 13 Abs. 3 BauGB nicht erforderlich.*
4. *Die in der Begründung zum Beschlussvorschlag genannten allgemeinen Ziele und Zwecke sollen auf Grundlage eines vorgeschalteten Wettbewerbs konkretisiert und anschließend der weiteren Bearbeitung des Bebauungsplanes zu Grunde gelegt werden.*

Herr Blankemeyer erklärt, dass der Beirat für Stadtgestaltung der ursprünglichen Vorlage, die bereits konkrete Festsetzungen enthalten habe, nicht zugestimmt habe, sondern einen Wettbewerb zur Herausarbeitung der Festsetzungen im Vorfeld empfohlen habe. Dieser Empfehlung schließe sich die Verwaltung unter Ziffer 4 des neuen Beschlussvorschlages an.

Herr Meichsner beantragt,

1. die nördliche Seite der Steinstraße sowie die westliche Seite der Breiten Straße in das Plangebiet mit einzubeziehen und
2. auf Seite 4 die Planungsziele dahingehend zu ergänzen, dass die typische Architektur der 50er Jahre berücksichtigt wird.

Er weist darauf hin, dass die Vorlage in der Hauptsache auf die Frage der Dachlandschaft abhebe. Die typische Architektur der 50er Jahre werde aber nicht nur durch dieses Kriterium bestimmt, sondern z. B. auch durch Nierenbalkone und entsprechende Gitter. Diese Merkmale ließen sich in der Neustädter Straße und in der Steinstraße finden. Im Übrigen weise er darauf hin, dass gerade die Frage Dachlandschaft und des Einfügens in dieselbige nicht aus dem Straßenraum sondern von der Promenade und der Sparrenburg erkennbar sei.

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss entsprechend der Vorlage 6062/2004-2009 mit folgender Änderung zu beschließen:

1. Die nördliche Seite der Steinstraße und die westliche Seite der Breiten Straße sind in das Planungsgebiet mit aufzunehmen.
2. Auf Seite 4 die Planungsziele dahingehend zu ergänzen, dass die typische Architektur der 50er Jahre berücksichtigt wird.

- einstimmig beschlossen -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

-.-.-

Zu Punkt 12
(öffentlich)

Neuaufstellung des Bebauungsplanes Nr. III/3/48.02 "Am Wiesenbad" für das Gebiet südlich der Werner-Bock-Straße, westlich der Fachhochschule, nördlich des Wiesenbades und östlich der Agentur für Arbeit im beschleunigten Verfahren der Innenentwicklung gemäß § 13 a Baugesetzbuch (BauGB)
- Stadtbezirk Mitte -
Beschluss über Stellungnahmen
Satzungsbeschluss

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 5998/2004-2009

Herr Meichsner fragt nach, wann der Flächennutzungsplan in diesem Bereich den tatsächlichen Gegebenheiten (z. B. Wegfall der Eisbahn und des Hallenbades) angepasst werde, da die zukünftig noch aufzustellenden Bauleitpläne in diesem Bereich aus dem Flächennutzungsplan zu entwickeln seien.

Herr Blankemeyer weist darauf hin, dass im Berichtigungsverfahren nach § 13 a Abs. 2 BauGB immer nur der Bereich berichtigt werden könne, der von dem neu aufzustellenden Bebauungsplan umfasst werde. Eine um-

fassende Überarbeitung bzw. Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes nehme einen Zeitraum von anderthalb bis zwei Jahren in Anspruch und binde zwei Planer dauerhaft.

Frau George erachtet die im Rahmen der Neuaufstellung des Bebauungsplanes vorgesehene qualitätvolle Bebauung für äußerst positiv, da in diesem Quartier Angebote für ein hochwertiges Wohnen fehlen würden. Sie werde der Neuaufstellung des Bebauungsplans zustimmen.

Herr Gutknecht begrüßt das Vorhaben ebenfalls und erachtet die Fassadengestaltung für sehr gelungen. Darüber hinaus stelle seine Fraktion gemeinsam mit der SPD-Fraktion folgenden Antrag:

- 1. Im Rahmen der weiteren Überplanung des Baugebietes „Frachtstraße, Dr. Viktoria-Steinbiß-Straße, Walther-Rathenau-Straße“ soll durch Errichtung einer multifunktionalen Sportanlage ein Ersatz für den weggefallenen Bolzplatz der Werner-Bock-Straße geschaffen werden.*
- 2. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob z. B. die alte Sportanlage der Falkrealschule hierfür geeignet wäre.*

Er räumt ein, dass der Bolzplatz nicht im Bebauungsplan ausgewiesen sei. Da die Fläche aber aktuell in hohem Maße genutzt werde, sollte ein entsprechender Ausgleich in unmittelbarer Nähe geschaffen werden. Die zur Disposition stehende Fläche der Sportanlage an der Falkrealschule sei aus seiner Sicht hierfür geeignet, zumal sie zurzeit nicht genutzt werde.

Herr Meichsner erklärt, dass Bolzplätze grundsätzlich sinnvoll und wünschenswert seien. Allerdings sei festzuhalten, dass die zurzeit genutzte Fläche weder die planerischen noch die technischen Erfordernisse eines Bolzplatzes erfülle. Insofern sei die gewählte Formulierung in dem gemeinsamen Antrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen falsch, da sie den Eindruck vermittele, dass dort bereits ein Bolzplatz vorhanden sei. Im Übrigen fehle im Antrag ein Finanzierungsvorschlag. Einer grundsätzlichen Prüfung, ob und inwieweit in der näheren Umgebung einen Bolzplatz angelegt werden könne, werde er sich nicht verschließen. Dem Antrag in der vorliegenden Form könne er allerdings nicht zustimmen. Falls dieser Beschluss gefasst werden sollte, werde er um eine rechtliche Prüfung desselbigen bitten.

Frau Mertelsmann schlägt vor, das Wort Bolzplatz in Anführungsstriche zu setzen. Herr Meichsner erklärt sich mit dem Vorschlag einverstanden, Herr Gutknecht übernimmt die Anregung. Sodann fasst die Bezirksvertretung folgenden

B e s c h l u s s:

Die Bezirksvertretung Mitte empfiehlt dem Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss entsprechend der Vorlage 5998/2004-2009 unter Berücksichtigung folgender Änderung zu beschließen:

- 1. Im Rahmen der weiteren Überplanung des Baugebietes „Fracht-**

straße, Dr. Viktoria-Steinbiß-Straße, Walther-Rathenau-Straße“ soll durch Errichtung einer multifunktionalen Sportanlage ein Ersatz für den weggefallenen „Bolzplatz“ der Werner-Bock-Straße geschaffen werden.

2. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob z. B. die alte Sportanlage der Falkrealschule hierfür geeignet wäre.

- einstimmig beschlossen bei einer Enthaltung -

(Die Vorlage ist als Anlage Bestandteil dieser Niederschrift.)

-.-.-

Zu Punkt 13
(öffentlich)

Anpassung des Flächennutzungsplanes im Wege der Berichtigung gemäß § 13 a II BauGB für den Bereich "Werner-Bock-Straße / Am Wiesenbad" (Berichtigung Nr. 1/2008 "Am Wiesenbad").

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6001/2004-2009

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt den Bericht der Verwaltung zur Anpassung des Flächennutzungsplanes im Wege der Berichtigung gemäß § 13a II BauGB für den Bereich „Werner Bock Straße / Am Wiesenbad“ (Berichtigung Nr. 1/2008 „Am Wiesenbad“) zur Kenntnis.

-.-.-

Zu Punkt 14
(öffentlich)

Integriertes städtebauliches Entwicklungskonzept nördlicher Innenstadt
Arbeitsstand und weiteres Vorgehen

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 6003/2004-2009

Nach einer kurzen Einführung durch Herrn Dodenhoff berichtet Herr Küppers von der Stadterneuerungs- und Stadtentwicklungsgesellschaft Hamburg mbH zunächst zum Sachstand und stellt die Gebietsabgrenzung sowie erste Einschätzungen im Rahmen des Entwicklungskonzeptes vor.

Herr Meichsner weist darauf hin, dass zur Zeit eine Vielzahl von Konzepten und politischen Aufträgen für den Innenstadtbereich vorliegen würden wie z. B. das Einzelhandelskonzept, die Arbeitsgruppe zum Kesselbrink, die Bauleitplanung Frachtstraße oder die Entwicklung eines Rahmenplanes für den Bereich Eckendorfer Straße / Herforder Straße etc. Er stelle sich die grundsätzliche Frage, wie diese Konzepte gebündelt werden sollen. Die Vielzahl der Arbeitsgruppen, Workshops u. ä. sei sprengend aus seiner Sicht den Rahmen, so dass überlegt werden sollte, wie einerseits den gesetzlichen Anforderungen entsprochen werden könne und wie andererseits die Zahl der Veranstaltungen zusammengeführt oder reduziert werden könnte. Diese Fragestellung sollte noch einmal im Umwelt- und Stadtentwicklungsausschuss thematisiert werden. Im Übrigen sei die

Zuordnung einiger Handlungsfelder zu bestimmten Interventionsschwerpunkten nicht nachvollziehbar. So sei z. B. beim Schwerpunkt „Containerbahnhof“ eine Erhöhung und Aufwertung der Wohnqualität als Handlungsfeld identifiziert worden. Wohnbebauung gebe es aber im Bereich Borsigstraße, Eckendorfer Straße und Stadtholz weder zurzeit noch werde sie dort perspektivisch entwickelt. Vor diesem Hintergrund spreche er sich dafür aus, die Kenntnisnahme des Arbeitsstandes des integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzeptes nicht gleichzeitig als Festlegung zum weiteren Vorgehen zu verstehen. Insofern sollte seines Erachtens nur der Bericht zur Kenntnis genommen werden.

Herr Gutknecht stimmt den Ausführungen von Herrn Meichsner zu. Überdies bittet er darum, die Aussagen zu den Brachflächen insofern zu aktualisieren, als dass zwei im Bericht genannte Bereiche bereits einer Bebauung zugeführt worden seien.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt ausdrücklich nur den vorliegenden Bericht zur Kenntnis.

Zu Punkt 15
(öffentlich)

Machbarkeitsstudie Kesselbrink - Sachstandsbericht

Beratungsgrundlage:

Drucksachenummer: 6041/2004-2009

Unter Verweis auf die Vorlage berichtet Frau Schulte zum Sachstand und zum weiteren Arbeitsprogramm im Zusammenhang mit der Machbarkeitsstudie Kesselbrink.

Herr Meichsner weist darauf hin, dass die Vorlage keine reine Informationsvorlage darstelle, da die Aussage, die Machbarkeitsstudie sei auf der Grundlage der bisherigen Ergebnisse weiter auszuarbeiten, einen Beschluss beinhalte. Insofern bitte er darum, diesen Satz zu streichen. Da die Vorlage kurzfristig versandt worden sei, spreche er sich im Übrigen dafür aus, diese nur zur Kenntnis zu nehmen. Des Weiteren bitte er darum, dem Protokoll der zweiten Veranstaltung zur Machbarkeitsstudie die Anwesenheitsliste beizufügen.

Herr Dodehoff stellt fest, dass die Vorlage nur eine zeitnahe Information über die beiden Veranstaltungen zur Machbarkeitsstudie Kesselbrink darstellen soll.

Die Bezirksvertretung Mitte nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

Zu Punkt 16
(öffentlich)

Verwendung von Sondermitteln der Bezirksvertretung Mitte in 2008

Ohne weiter Aussprache fasst die Bezirksvertretung folgenden

B e s c h l u s s :

Aus den für das Jahr 2008 bei der Haushaltsstelle 1.0000.516000.0 bereitstehenden Sondermitteln der Bezirksvertretung Mitte werden folgende Zuschüsse gewährt:

1. 2.000 € an die Sportjugend Bielefeld e. V. - Jugendtreff Walde für
 - Schränke für den Computerraum,
 - Zutaten und Material für das Jungenprojekt „Kochen ohne Duell“,
 - Verpflegung und pädagogisches Material für ein Seminar,
 - Starthilfe zur Realisierung eines weiteren niederschweligen offenen Bewegungsangebotes am Abend für Mädchen und Jungen
2. 2.500 € für die städt. Kindertageseinrichtung Kamphof zur Förderung der gesundheitlichen Entwicklung der zwei- bis sechsjährigen Kinder
3. 2.000 € für die TuS Eintracht Bielefeld e. V. zur Anschaffung von Jugendtoren

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 17
(öffentlich)

Trägervertreterinnen und -vertreter in städtischen Tageseinrichtungen für Kinder im Stadtbezirk Mitte
Hier: Nachwahl für das ausgeschiedene Mitglied der Bezirksvertretung Frau Reimer

Ohne weitere Aussprache fasst die Bezirksvertretung folgenden

B e s c h l u s s :

1. Als Trägervertreter im Rat der städtischen Tageseinrichtung für Kinder „Heeper Fichten“ wird Herr Suchla als Nachfolger für Frau Reimer benannt.
2. Herr Suchla übernimmt ebenfalls die Nachfolge für Frau Reimer als stellvertretender Trägervertreter im Rat der städtischen Tageseinrichtung für Kinder „Stadtheider Straße“.

- einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 18
(öffentlich)

Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand

Aktuell liegen keine nachzuhaltenden Beschlüsse der Bezirksvertretung Mitte aus öffentlicher Sitzung vor.

